EP-FH-01-487

D – Was Freiheit schützt

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in:	KV Berlin-Mitte
Beschlussdatum:	14.10.2023

Änderungsantrag zu EP-FH-01

Von Zeile 486 bis 488 einfügen:
ist es wichtig, eine multiperspektivische Erinnerungskultur zu fördern, die auch die Geschichte von bisher zu Unrecht überhörten Gruppen mit in den Blick nimmt. Wir wollen grenzübergreifende Zusammenarbeit stärken und setzen uns für den Erhalt bestehender sowie für die Schaffung weiterer Orte der kollektiven Erinnerung, des Gedenkens und der Reflexion ein. Außerdem befürworten wir die Förderung von Gemeinden, Initiativen und Projekte auf kommunaler Ebene, die sich mit der Umbenennung von Straßen und Plätzen sowie dem Abbau von Denkmälern und Symbolen beschäftigen, die die totalitären Zeiten und Regimen verherrlichen oder repräsentieren.Wir wollen mit europäischen Mitteln Initiativen unterstützen, die sich der Aufgabe der Verständigung widmen

Begründung

Die EU sollte aktiv dazu beitragen, historische Ereignisse, Gräueltaten und Erinnerungen in einem europäischen Kontext zu betrachten und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu fördern. Dies schafft eine Basis für Verständnis und für gemeinsames Gedenken und trägt dazu bei, dass die Lehren aus der Geschichte nicht vergessen werden und Unrecht und Verbrechen nicht wiederholen. Die Maßnahmen zur Umbenennung von Straßen und Plätzen sind von entscheidender Bedeutung, um sicherzustellen, dass die Auseinandersetzung mit unserer Geschichte und die Erinnerung an die Opfer in unseren öffentlichen Räumen stattfinden und dass diese Räume respektvoll und inklusiv für alle Bürger*innen sind.